

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich 5 – Jugend und Soziales	Datum 20.03.2001
	Schriftführerin Sabine Biesenbach
	Telefon-Nr. 02202/14-28 47
Niederschrift	
Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe-u. Sozialausschuss)	Sitzung am 15. März 2001
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:04 Uhr - 18:36 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis	

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 18.01.2001 im Bereich Jugend - öffentlicher Teil -
130/2001**
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil -**
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend - öffentlicher Teil -
156/2001**
- 6. Antrag des Vereins *Kath. Erziehungsberatung e.V.* auf kommunale Förderung des Projekts "Kids & Co." (Hilfe für Kinder suchtkranker Eltern)
107/2001**
- 7. Auftrag zur Fortsetzung der Jugendhilfeplanung
119/2001**
- 8. Kommunen gegen Rechtsextremismus - Bündnis für Toleranz und Zivilcourage -**

**gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit
Maßnahmen und Projekte in Bergisch Gladbach
135/2001**

9. **Resolution des Landesjugendhilfeausschusses zum Beschluss der Innenministerkonferenz, flexiblere Organisationsformen des Jugendamtes rechtlich abzusichern
128/2001**
10. **Bericht über den Stand der Planungen und Maßnahmen zur Tagesbetreuung von Kindern
133/2001**
11. **Sanierung und Umbau der Kath. Kindertagesstätte St. Laurentius in Bergisch Gladbach, Dr.-Robert-Koch-Str. 17
134/2001**
12. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend - öffentlicher Teil -**

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 18.01.2001 im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -
132/2001**
3. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -**
4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -**
5. **Hilfe zur Arbeit - Bilanz 2000
129/2001**
6. **Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen und Spätaussiedlern in städtischen Notunterkünften im Jahre 2000
137/2001**
7. **Einrichtung eines *Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen* gemäß dem Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2000**

126/2001

8. Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -

Protokollierung

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

Die Verwaltung legt auf den Plätzen der Ausschussmitglieder die Broschüre *Ferienfahrten 2001 – Urlaubstipps für Kinder und Jugendliche* aus. Die Broschüre ist in allen Jugendämtern im Rheinisch-Bergischen Kreis und im Kreisjugendamt erhältlich. Die Broschüre liegt in den Rathäusern, Stadthäusern und Bürgerbüros öffentlich aus. Weiterhin legt die Verwaltung eine Übersicht über die Aufgabenfelder, zuständigen Ansprechpartner und deren Telefonnummern im Fachbereich *Jugend und Soziales* vor. Die Übersicht kann bei Frau Sabine Biesenbach, Tel. 02202/14-28 47 oder Herrn Frank Bodengesser, Tel. 02202/14-28 29 im Fachbereich *Jugend und Soziales* angefordert werden.

1 Eröffnung der Sitzung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Frau Bendig eröffnet die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 17:04 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass fehlende Ausschussmitglieder durch ihre Vertreter ersetzt sind, ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2 Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 18.01.2001 wird genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 18.01.2001 im Bereich Jugend - öffentlicher Teil -

Frau Schöttler-Fuchs äußert sich im Zusammenhang mit Punkt 17 zufrieden über das Antwortschreiben des Kinderbüros. Sie berichtet, dass die SPD-Fraktion nach ihrer Anfrage im Hauptausschuss ebenfalls bereits eine Antwort erhalten hat und sieht, dass die Arbeit an der Problemlösung fortschreitet.

4 Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil -

4.1 Broschüre *Ferienfahrten 2001 – Urlaubstipps für Kinder und Jugendliche*

Frau Bendig weist auf die verteilte Broschüre *Ferienfahrten 2001 – Urlaubstipps*

für Kinder und Jugendliche hin.

Sie hebt hervor, dass die Herausgabe eines Ferienkalenders, zumal in ansprechender Form, nicht selbstverständlich sei und in anderen Kommunen nicht erfolge. Unter dem Beifall der Ausschussmitglieder bedankt sich Frau Bendig bei der Verwaltung für die diesbezügliche Arbeit.

4.2 Ehrung des verstorbenen Herrn Rolf Proft

Frau Bendig teilt mit, dass Herr Rolf Proft, Geschäftsführer des *Caritasverbandes für den Rheinisch-Bergischen Kreis* am 10. Februar 2001 plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Sie würdigt Herrn Proft als eine Persönlichkeit, die die Landschaft der Jugend- und Wohlfahrtspflege 18 Jahre lang entscheidend mitgeprägt und sich stets für Benachteiligte in der Gesellschaft eingesetzt hat. Mitte der 80-er Jahre war Herr Proft auch Mitglied des Jugendwohlfahrtsausschusses. Sie erinnert an den Verstorbenen als einen Fachmann der Wohlfahrtspflege, der sich seiner Verantwortung für den *Caritasverband* und den Verein *Kath. Erziehungsberatung e.V.* gestellt und beide Institutionen mit ihren fast 300 Mitarbeitern in vorbildlicher Art und Weise geführt hat. Tief verwurzelt in einem christlichen Menschenbild zeichnete er sich durch hohe Fachkompetenz, Engagement und Durchhaltevermögen aus.

Frau Bendig bittet die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben und Herrn Rolf Proft durch eine Gedenkminute zu ehren.

Im Anschluss an das stille Gedenken fährt Frau Bendig in der Tagesordnung fort.

4.3 Berufung des Jugendamtsleiters

Die dritte Mitteilung der Vorsitzenden bezieht sich auf die kürzlich erfolgte Berufung von Herrn Johannes Zenz als Jugendamtsleiter. Sie gratuliert Herrn Zenz unter dem Beifall der Ausschussmitglieder und drückt ihre Zuversicht für eine erfreuliche und gedeihliche Zusammenarbeit aus.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend - öffentlicher Teil -

Herr Zenz verweist zunächst auf die Vorlage.

Weiterhin weist er auf die verteilte Übersicht der Ansprechpartner im Fachbereich *Jugend und Soziales* hin. Sie enthält bereits Herrn Hastrich als neuen Fachbereichsleiter für den Fachbereich *Jugend und Soziales*. Herr Hastrich wird seinen Dienst am 03.07.2001 antreten und damit erstmals an der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 13.09.2001 teilnehmen.

Im Hinblick auf die verteilte Ferienbroschüre führt Herr Zenz aus, dass sie in Koproduktion der Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis entstanden ist. Er berichtet, dass die Jugendämter in den vergangenen Wochen schon eine verstärkte Nachfrage aus der Bevölkerung nach der Broschüre verzeichnen konnten. Dies sei ein erfreuliches Zeichen dafür, dass der Kalender sich etabliert hat.

Auf die Anfrage von Herrn Schnöring in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 21.09.2000 eingehend teilt Herr Zenz mit, dass der auffällige Bauwagen des Kinderbüros zwischenzeitlich durch einen neuen, voll über Spendengelder finanzierten, ersetzt werden konnte. Derzeit wird er bei der Institution *Fundus*, einer vom Arbeitsamt geförderten Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme für arbeitslose junge Menschen im Trägerverbund der Stadt Overath und der Caritas Rhein-Berg, in Overath eingerichtet. Es wird angestrebt, den Bauwagen in den Osterferien erstmals zu nutzen.

Bezüglich der ernährungsmäßigen Versorgung von Grundschulkindern erbittet Herr Schnöring in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) einen Erfahrungsbericht darüber, wie sich die Streichung von Essensgeldzuschüssen ausgewirkt hat.

Herr Zenz kündigt an, dass eine diesbezügliche ausführliche Mitteilungsvorlage für den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 07.06.2001 bereits erarbeitet wird. Vorab teilt er mit, dass eine ganze Reihe von Anträgen gestellt worden sind, die unter Anwendung strenger Vorgaben überwiegend bewilligt wurden.

Herr Neuheuser hält es für wichtig, trotz der noch ausstehenden Ergebnisse der Jugendhilfeplanung, freie Flächen, die sich für die Anlage von Kinderspielplätzen eignen könnten, vorzumerken.

Herr Zenz berichtet, dass der Fachbereich *Jugend und Soziales* bei der Aufstellung von Bebauungsplänen beteiligt wurde und wird. In der Regel gibt der Fachbereich *Jugend und Soziales* eine Stellungnahme ab, wenn größere Bereiche beplant werden. Mithin können zu vielen Plänen Aussagen getroffen werden. Problematisch ist jedoch, wenn neue Flächen ins Gespräch gebracht werden. Dann sind Flächenkapazitäten neu zu errechnen. Abhilfe sollen die Jugendhilfepläne bringen, die flächenbezogen unter anderem Aussagen über den Spielplatzbedarf treffen können.

Bezüglich Punkt 4 fragt Herr Neuheuser, ob das Kursangebot zur Integration von ausländischen Kindern in Kindergärten auch außerhalb der genannten Stadtteile Gronau und Bockenberg angeboten werden könne.

Herr Zenz weist darauf hin, dass die Kurse ein Angebot des Ausländerbeirates sind. Frau Eren, Mitglied im Ausländerbeirat und im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) könnte in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 07.06.2001 berichten.

Weiterhin berichtet Herr Zenz von einem neuen Programm des Bildungsministeriums NW, mit dem Schulneulinge des Jahres 2001 schon im Vorfeld der Schulaufnahme und im Laufe des ersten Schuljahres in der Nutzung der deutschen Sprache besonders gefördert werden sollen. Finanzmittel zur Erteilung von 120 Stunden Sprachunterricht stehen im Umfang von ca. 3000 DM pro Gruppe bereit. Von 7 beantragten Gruppen an Bergisch Gladbacher Grundschulen sind 4 Gruppen bewilligt worden. Problematisch ist jedoch, dass Kinder vor dem Schuleintritt noch auf ihre Kindertagesstätte fixiert sind und die Kurse an den Grundschulen eingerichtet werden sollen. Der insgesamt als positiv zu bewertende Ansatz sei durch Erfahrungen im ersten Jahr zu vervollkommen.

Frau Schöttler-Fuchs bittet das Jugendamt bezüglich des Themenspektrums

Defizitäre Ernährung – Fettleibigkeit – Übergewicht von Kindern um konkrete Aussagen, in welcher Weise recherchiert wird.

Herr Zenz führt aus, dass zunächst gesichtet würde, welche Informationen im Bildungsbereich (Familienbildungseinrichtungen, Krankenkassen, Krankenhäuser) vorliegen. Das Material wird zusammengestellt und dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vorgelegt.

Frau Schöttler-Fuchs bittet weiterhin mitzuteilen, wie viele ausländische Mütter die unter Punkt 4 genannten Kurse besucht haben.

Die in Punkt 5 der Vorlage dargestellte Umorganisation in der Verwaltung des Jugendamtes erläutert Herr Zenz dahingehend, dass die bisherige Produktgruppe *Kinder-, Jugend- und Familienförderung* mit ihrem weiten Themenspektrum künftig auf zwei Einheiten, die *Kinder- und Familienförderung* einerseits und die *Jugendförderung* andererseits, organisatorisch aufgeteilt wird.

Herr Zenz stellt klar, dass das Jugendamt auch nach der Bestellung eines Jugendamtsleiters Bestandteil des Fachbereichs *Jugend und Soziales* bleibt. Der Jugendamtsleiter bleibt der Fachbereichsleitung unterstellt.

Frau Wöber-Servaes fragt nach der Zusammenarbeit der Fachbereiche *Bauen und Planen* und *Jugend und Soziales*. Konkret spricht sie die Bebauung des Geländes der ehemaligen Stadtwerke Bensberg an der Kölner Straße an. Für diesen großen Bereich mahnt Frau Wöber-Servaes eine sozialverträgliche Planung unter Einbeziehung des Fachbereichs *Jugend und Soziales* an.

Herr Zenz verweist auf die diesbezügliche Stellungnahme des Fachbereichs *Jugend und Soziales*, die sozialen Belange hier zu berücksichtigen. Nach Auffassung des Fachbereichs *Jugend und Soziales* könne eine Verdichtung der Bebauung wegen der Zentrums Lage mitgetragen werden, da in näherer Umgebung die notwendigen Infrastruktureinrichtungen zur Verfügung stehen. Herr Zenz bietet an, dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) die damalige Stellungnahme zur Verfügung zu stellen.

6 Antrag des Vereins *Kath. Erziehungsberatung e.V.* auf kommunale Förderung des Projekts "Kids & Co." (Hilfe für Kinder suchtkranker Eltern)

Es werden keine Anmerkungen zur Beschlussvorlage vorgebracht.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Stimmenthaltung folgenden **Beschluss**:

Das Projekt *Kids & Co* wird antragsgemäß gefördert. Dem Verein *Kath. Erziehungsberatung e.V.* wird für den Zeitraum vom 01.07. bis 31.12.2001 ein Zuschuss in Höhe von 30.600 DM gewährt. Das Projekt soll in den Folgejahren im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel analog gefördert werden.

7 Auftrag zur Fortsetzung der Jugendhilfeplanung

Zur vorliegenden Beschlussvorlage gibt Herr Zenz bekannt, dass die AG 78 in ihrer

Sitzung am 14.03.2001 die Empfehlung an den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) ausgesprochen hat, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Für die CDU-Fraktion beantragt Frau Wöber-Servaes, die Beschlussfassung nur zu Zif. 1 vorzusehen und Zif. 2 wegen Beratungsbedarfs in der CDU-Fraktion zu vertagen. Dieser Regelung schließt sich Frau Schöttler-Fuchs für die SPD-Fraktion an.

Herr Zenz erläutert, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zu Zif. 2 des Beschlussvorschlags lediglich eine Empfehlung an den Rat aussprechen könne. Die Einrichtung eines Unterausschusses obliegt der Beschlussfassung durch den Rat.

Herr Schnöring weist darauf hin, dass sich die Einrichtung des Unterausschusses *Grundsatzfragen der Jugendarbeit* auf Kreisebene zur Vorberatung für den Jugendhilfeausschuss des Kreises als sehr sinnvoll erwiesen habe.

Herr Neuheuser begrüßt, dass die Fortsetzung der Jugendhilfeplanung nun in Gang gesetzt worden sei. Bezüglich Zif. 2 regt Herr Neuheuser an, dass es auch möglich sei, einen interfraktionellen Arbeitskreis statt eines Unterausschusses zu bilden.

Frau Bendig stellt Zif. 1 des Beschlussvorschlags zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Stimmenthaltungen folgenden **Beschluss**:

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) beauftragt die Bürgermeisterin zur Fortsetzung der Jugendhilfeplanung entsprechend der Ausführungen in der Vorlage.

Sodann lässt Frau Bendig über den Vertagungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen. Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig mit drei Stimmenthaltungen folgenden **Beschluss**:

Die Beschlussfassung zu Zif. 2 wird auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 07.06.2001 vertagt.

8 Kommunen gegen Rechtsextremismus - Bündnis für Toleranz und Zivilcourage - gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit Maßnahmen und Projekte in Bergisch Gladbach

Frau Münzer merkt an, dass einige Projekte doppelt aufgenommen worden sind. Im Hinblick auf die Zuschauerzahlen fragt sie an, ob es sinnvoll sei, ein Theaterstück an benachbarten Schulen mehrfach aufzuführen oder den Antragstellern empfohlen werden sollte, Projekte zu bündeln.

Herr Zenz erläutert, dass die Bündelung von Finanzmitteln durch gemeinsam beantragte Projekte praktiziert wird, weil dies meist einen Finanzierungsvorteil für die Träger bringt.

Frau Wöber-Servaes fragt an, ob alle 80 beantragten Projekte auch gefördert würden. Sie mahnt an, sprachlich sorgfältiger zu formulieren, indem nicht „gegen rechts“ als

im politischen Zusammenhang anderweitig besetzter Begriff verwandt würde, sondern durch die Projekte zu einem Bekenntnis gegen Rechtsextremismus aufgerufen werden solle. Darauf sollten die Antragsteller noch einmal hingewiesen werden.

Zu Position 43 der vorgelegten Liste fragt Frau Wöber-Servaes nach, wie der Zusammenhang zwischen der Veranstaltung mit dem Titel „Bella Italia – Abend für junge Leute“ und Rechtsextremismus hergestellt werden solle.

Zu verschiedenen Projekten wünscht sich Frau Wöber-Servaes mehr Erläuterungen.

Herr Zenz merkt an, dass die vorgelegte Liste nur zur Kurzübersicht über geplante und beantragte Projekte dienen soll. Die Öffentlichkeitsarbeit und Präsentation der Projekte wird zu gegebener Zeit durch die Antragsteller selbst erfolgen. Spätestens dann werden nähere Informationen zu den jeweiligen Projekten zu finden sein.

Zur Verwendung des Begriffs „gegen rechts“ räumt Herr Zenz eine gewisse Problematik ein. Dennoch sei das Jugendamt zu der Auffassung gelangt, sich hier nicht einmischen zu wollen. Das Jugendamt verwendet bei eigenen Publikationen immer den Titel, nach dem auch der Tagesordnungspunkt benannt ist. Gemeint sei jedoch auch bei den freien Trägern der Begriff in der Langform.

Herr Neuheuser berichtet, dass eine Internet-Seite die Projekte auflistet. Weiterhin besteht dort die Möglichkeit, sich auszutauschen, Ergänzendes zu erfahren und auch Termine abzurufen. Herr Neuheuser fragt nach dem Initiator der Seite und teilt mit, dass von der Homepage der Stadt Bergisch Gladbach bereits eine Verlinkung zu dieser Seite besteht

Herr Zenz antwortet, dass der Benutzer von der Homepage der Stadt Bergisch Gladbach aus das Link *Kommunen gegen Rechtsextremismus* anklicken kann und auf die Seite *gl-toleranz.de* geschickt wird. Die Seiten wurden durch Schüler der Realschule Herkenrath in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt aufgebaut. Angeboten wird dort auch das angesprochene Forum, in dem ein Austausch stattfinden kann. Bedauerlicherweise ist dort auch Unverschämtes und Anzügliches zu finden. Es stellt für das Jugendamt ein Problem dar, diese Seite zu administrieren. Ungewolltes muss entfernt werden, um die Verantwortlichkeit für das Forum zu dokumentieren. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Forum bei anhaltendem Missbrauch eingestellt werden muss.

Frau Münzer spricht das Logo für die Aktionen aus dem Förderprogramm des Landes, kreiert durch die Realschule Herkenrath, an, das bei der gesamten Öffentlichkeitsarbeit einheitlich verwandt werde solle. Auch diese Logo enthalte den Text „Kommunen gegen rechts“. Für das *Deutsche Rote Kreuz* erklärt Frau Münzer, dass es das Logo für die Bekanntmachung der eigenen Projekte aus dem Förderprogramm nicht verwenden wird.

Frau Zanders regt eine Intervention bei der Realschule Herkenrath an. Sie bietet sich an zu intervenieren, wenn der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) sie dazu beauftragen will.

Frau Schöttler-Fuchs spricht sich dafür aus, diese Aufgabe beim Jugendamt zu belassen, da bereits Kontakte bestehen, die sensibel genutzt werden müssten, um die Schüler nicht zu demotivieren.

Herr Zenz bestätigt, dass nach diesbezüglichen Kontakten mit den Schülern beschlossen wurde, dass die künstlerische Freiheit der Gestalter obsiegen soll. Sollten die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und

Sozialausschuss) es wünschen, würde das Jugendamt unter Anwendung größtmöglicher Sensibilität mit den Schülern erneut Kontakt aufnehmen.

Frau Bendig fasst die Stimmung im Ausschuss dahingehend zusammen, dass die Kritik angekommen sei und von weiten Teilen getragen würde. Sie appelliert an das von sensibler Haltung geprägte Verhandlungsgeschick des Jugendamtes mit den Schülern.

9 **Resolution des Landesjugendhilfeausschusses zum Beschluss der Innenministerkonferenz, flexiblere Organisationsformen des Jugendamtes rechtlich abzusichern**

Frau Schöttler-Fuchs meldet noch Beratungsbedarf in der SPD-Fraktion an und beantragt, den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Dem schließen sich Herr Neuheuser für die Fraktion KIDitiative und Frau Wöber-Servaes für die CDU-Fraktion an.

Herr Schnöring fragt nach, was unter „flexiblen Organisationsformen des Jugendamtes“ zu verstehen sei und ob zwischen der Empfehlung, der Resolution nicht beizutreten und der bereits flexibel ausgestalteten Praxis in Bergisch Gladbach nicht ein Widerspruch bestehe.

Herr Zenz macht deutlich, dass der Landesjugendhilfeausschuss die der Vorlage beigefügte Resolution beschlossen hat und das Landesjugendamt die Jugendämter gebeten hat, diese den Jugendhilfeausschüssen vorzulegen, mit dem Ziel, dass möglichst viele Jugendhilfeausschüsse der Resolution beitreten.

Die Bürgermeisterin ist jedoch der Auffassung, dies sei der falsche Weg. Vielmehr soll das Modell des Jugendhilfeausschusses als Jugendhilfe- und Sozialausschuss, mit dem in Bergisch Gladbach gearbeitet wird, rechtlich abgesichert werden.

Zusammenfassend bittet Frau Bendig die Verwaltung, den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 07.06.2001 erneut aufzunehmen, um den Fraktionen weitere Beratungsmöglichkeiten zu eröffnen.

10 **Bericht über den Stand der Planungen und Maßnahmen zur Tagesbetreuung von Kindern**

Frau Schöttler-Fuchs fragt zu den Ausführungen über die Schülertreffs nach, ob die Hausaufgabenhilfen in Schülertreffs überführt worden sind, um Stellen abzusichern oder ob die Hausaufgabenhilfen gleichsam unter neuem Namen weiter bestehen. Sie bittet um Auskunft, was in diesem Fall mit den Mitteln für die Hausaufgabenhilfen bisherigen Stils passiert. Herr Neuheuser regt für den Fall, dass Finanzmittel frei werden könnten, an, damit weitere Schülertreffs zu eröffnen.

Herr Zenz bejaht, dass einige Gruppen „Hausaufgabenhilfe“ unter Verwendung der für diesen Zweck bereit stehenden Finanzmittel in Schülertreffs umgewandelt worden sind. Einige dieser Schülertreffs sind jedoch finanziell besser ausgestattet worden als neu geschaffene Schülertreffs, um die personell höhere Ausstattung mit Fachkräften in den bisherigen Hausaufgabenhilfen nur schrittweise abzubauen. Alle bereit stehenden Mittel werden verwandt, um Angebote in der Schülerbetreuung insgesamt - Schülertreffs und Hausaufgabenhilfen - zu finanzieren. Sämtliche

Anträge konnten bisher bewilligt, an den Landschaftsverband Rheinland weitergeleitet und von dort genehmigt werden. Damit wurde für eine Stadt der Größenordnung von Bergisch Gladbach eine vergleichsweise hohe Dichte an Schülertreffs erreicht.

Frau Lehnert begrüßt, dass es gelungen ist, gemeinsam mit den Trägern die Möglichkeit zum Datenaustausch benachbarter Kindertagesstätten verwirklicht zu haben. So könnten einerseits Doppelzusagen und andererseits unnötige Absagen vermieden werden.

Herr Sprenger fragt nach, welches Grundstück die Stadt für den Bau des Kindergartens *Lauter Pänz* im Bereich Reiser/Mondsrottchen für denkbar hält. Er macht sich darüber Sorgen, dass auf den politischen Raum Probleme zukommen, wenn die Verwaltung zu diesem Zeitpunkt öffentlich mit konkreten Grundstücken plant.

Herr Zenz führt aus, dass Grundstücksvorstellungen des Jugendamtes mit dem Fachbereich *Grundstückswirtschaft, Wirtschaftsförderung* abgesprochen werden. Dieser überprüft das Vorhaben aus der Sicht der Verwaltung auf seine Realisierbarkeit. Etwaige Unverträglichkeiten zwischen dem Wohnumfeld und den städtischen Planungen können sich jedoch nur herausstellen, wenn ein konkretes Grundstück in Augenschein genommen wird. Er versichert, mit eventuellen Planungen nicht in bestehende Mietverträge einzugreifen.

Bei den Angaben zur Hortquote sieht Herr Neuheuser eine Diskrepanz zwischen der Zielquote des Jugendamts von 20 % und den Ergebnissen aus der Elternbefragung, die einen höheren Bedarf ergeben hat.

Herr Zenz bestätigt, dass die gegenwärtige Jugendhilfeplanung eine Zielquote von 20 % vorsieht. Dies entspricht der Beschlusslage des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss). Er bittet, in diesem Zusammenhang auch das Angebot in den Schülertreffs und anderen Betreuungsformen hinzu zu nehmen. Im Rahmen der Jugendhilfe-Teilplanung *Kindertagesbetreuung* wird die Bedarfsfrage aufgegriffen werden und es ist zu erwarten, dass die Quote nach oben verändert wird.

11 Sanierung und Umbau der Kath. Kindertagesstätte St. Laurentius in Bergisch Gladbach, Dr.-Robert-Koch-Str. 17

Es werden keine Anmerkungen zur Beschlussvorlage vorgebracht.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Stimmenthaltung folgenden **Beschluss**:

- 1. Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt der Kath. Kirchengemeinde St. Laurentius für die Sanierung und den Umbau ihrer dreigruppigen Kindertagesstätte in Gladbach, Dr.-Robert-Koch-Straße 17, vorbehaltlich der Förderung mit Landesmitteln zu den angemessenen Baukosten von ca. 1.250.000 DM einen Zuschuss von 90% zu den nach Abzug der Rücklage verbleibenden ca. 1.150.000 DM (= ca. 1.035.000 DM).**
- 2. Zur Anfinanzierung der Maßnahme soll aus den in 2000 nicht**

verausgabten Mitteln bei Haushaltsstelle 1.464.9870.1 – Investitionszuschüsse Kindertagesstätten – ein Haushaltsrest in Höhe von 161.000 DM gebildet werden, damit diese Mittel in 2001 zur Verfügung stehen. Des Weiteren ist bei der o.g. Haushaltsstelle ein Betrag in Höhe der bisher für 2001 nicht eingeplanten ersten Rate der Landesmittel, also 201.250 DM, in 2001 überplanmäßig bereitzustellen. Die Finanzierung der restlichen Mittel ist in 2002 sicherzustellen.

12 Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend - öffentlicher Teil -

12.1 Versorgung mit Internet-Plätzen

Herr Schnöring fragt nach dem Angebot von nicht-kommerziellen Internet-Plätzen in Jugendeinrichtungen bezüglich Umfang, gebotener Anleitung und Benutzerzeiten. Herr Zenz sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

12.2 Partizipation von Kindern und Jugendlichen an Sie betreffenden Entscheidungen

Herr Schnöring und Herr Neuheuser fragen nach dem Sachstand der Arbeit im Arbeitskreis *Partizipation von Kindern und Jugendlichen an Sie betreffenden Entscheidungen* im Anschluss an die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Jahr 2001.

Herr Zenz berichtet, dass das Jugendamt auf Anregung von Herrn Schnöring beim Landesjugendamt nach der Existenz von Fördermitteln gefragt hat. Ein entsprechender Antrag auf Fördermittel wurde gestellt. Damit soll für 9 Monate eine Kraft beschäftigt werden. Gleichzeitig sollen städtische Mittel für diesen Zweck geschont werden, um sie anderweitig einsetzen zu können. Als Maßnahmebeginn wurde im Antrag der 01.07.2001 benannt. Allerdings muss die Bewilligung von Fördermitteln abgewartet werden, bevor die beantragte Maßnahme begonnen wird. Rechtzeitig vor dem 01.07.2001 wird das Jugendamt Kontakt mit dem Landesjugendamt aufnehmen, um die Erfolgsaussicht des Antrags zu erfragen.

12.3. Spielplatzprogramm

Herr Schnöring fragt nach dem Kinderspiel- und Bolzplatz an der Kurt-Schumacher-Straße in Neu-Frankenforst. Nach Gesprächen mit der Mobilen Offenen Jugendarbeit teilt Herr Schnöring deren Interesse an einer schnellen Umsetzung mit, um von dort die pädagogische Arbeit ansetzen zu können. Er bittet um Auskunft, wann die Maßnahme dem Planungsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt wird und mit einer Realisierung zu rechnen ist.

Herr Zenz erläutert, dass der Bebauungsplan für den betreffenden Bereich bei der Planung erste Priorität hat, deren Wahrnehmung vom Fachbereich *Jugend und Soziales* gegenüber dem Fachbereich *Bauen und Planen* auch nachdrücklich betont wird. Priorität 1 haben jedoch auch andere Bebauungspläne im Stadtgebiet. Ein Zeitpunkt für die Behandlung des Bebauungsplanes kann derzeit nicht benannt werden. Wie die Mobile Offene Jugendarbeit sieht auch das Jugendamt im Wohnbereich Neu-Frankenforst dringenden dar, um Kindern und Jugendlichen ein Angebot unterbreiten zu können. Im Fachbereich *Bauen und Planen* besteht derzeit eine Skizze für einen Kinderspiel- und Bolzplatz auf dem anvisierten Grundstück, aber noch kein ausgearbeiteter Entwurf. Erschwerend kommt hinzu, dass das

vorgesehene Grundstück noch in städtischem Besitz ist.

12.4 Neuer Bus für den Verein *Bürger für uns Pänz*

Frau Wöber-Servaes zitiert aus dem *Bergischen Handelsblatt* vom 14.03.2001. Hier wurde berichtet, dass dem Verein *Bürger für uns Pänz* von einem Autohaus ein neuer Bus gespendet worden sei. Sie fragt nach den geplanten Einsätzen für den alten und den neuen Bus. Dies sei im genannten Artikel nicht klar geworden.

Frau Zanders weist darauf hin, dass es sich nicht um eine Spende eines Autohauses gehandelt habe. Vielmehr habe der Verein die Finanzierung des Busses durch mühevollens Spendensammeln sicher gestellt. Allerdings habe das Autohaus dankenswerterweise einen Preisnachlass gewährt. Der Vorgängerbus sei der Mobilen Offenen Jugendarbeit für ihre Zwecke übergeben worden. Der neue Bus soll für die Nutzung durch kinderreiche Familien und Jugendgruppen zur Verfügung stehen.

Unter dem Applaus der Ausschussmitglieder dankt Frau Wöber-Servaes Frau Zanders für die Ausführungen und das Engagements des Vereins.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 18:07 Uhr.

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 18.01.2001 im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -

Frau Schöttler-Fuchs erkundigt sich nach der Reaktion des Landrats auf das Schreiben der Bürgermeisterin zur Beteiligung des Rheinisch-Bergischen Kreises am *Beschäftigungsprojekt Fahrradwerkstatt/Kleiderfundus* vom 12.02.2001.

Herr Zenz antwortet, dass als Reaktion auf das genannte Schreiben nun Gespräche zwischen Vertretern des *Netzwerks Wohnungsnot Rhein-Berg* (betrieben von *Diakonie* und *Caritas*) als Träger der Maßnahme, dem Rheinisch-Bergischen Kreis, dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt Bergisch Gladbach geführt werden sollen. Es hat sich herausgestellt, dass die prognostizierten Kosten zu hoch angesetzt waren. Auf der Grundlage geringerer Kosten wird eine neue Arbeitsgrundlage zur Kostenverteilung geschaffen. Der Rheinisch-Bergische Kreis hat signalisiert, sich im Rahmen von sogenannten Qualifizierungszuschüssen beteiligen zu wollen.

Herr Schnöring weist darauf hin, dass das Schreiben der Bürgermeisterin auch den Kreistagsfraktionen vorliegt. Mithin könne auch auf diesem Wege Einfluss auf den Fortgang des Beschäftigungsprojekts genommen werden.

In der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) wird über die weiteren Verhandlungen berichtet.

3 Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -

Es liegen keine Mitteilungen der Vorsitzenden vor.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -

Es liegen keine Mitteilungen der Bürgermeisterin vor.

5 Hilfe zur Arbeit - Bilanz 2000

Frau Münzer bemerkt, dass nicht nur eine gute Statistik über in Arbeit vermittelte Personen wichtig sei. Wichtiger sei es, eine Arbeitsstelle, ein Aus- oder Fortbildungsangebot zu vermitteln, das auch zur zu vermittelnden Person passe. Andernfalls sei ein Scheitern häufig vorprogrammiert.

Hierzu stellt Herr Zenz klar, dass die erfolgreiche Vermittlung des Einzelnen in einen festen oder befristeten Arbeitsplatz oder in eine Schulungsmaßnahme von der

genauen Kenntnis der Fähigkeiten und Fertigkeiten der zu vermittelnden Person abhängt. Um diese Kenntnisse würden sich die Fachkräfte des Fachbereichs bemühen und entsprechend vermitteln. Sofern im Einzelfall eine erfolgversprechende Vermittlung des Bereichs *Hilfe zur Arbeit* von außen unterstützt werden könne, würde dies gern entgegengenommen. Eine positive statistische Entwicklung, auf die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu recht stolz sein könnten, sei selbstverständlich kein Selbstzweck.

Herr Schnöring geht auf die Ausführungen zu den Vermittlungshemmnissen ein. Er bittet zu erläutern, auf welche Maßnahmen zum Abbau von Sprachhemmnissen zurück gegriffen werden kann.

Hierzu erläutert Herr Dekker, dass ausländische Hilfesuchende mit fehlenden Sprachkenntnissen im Rahmen der Qualifizierungsoffensive in Zusammenarbeit mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis in Sprachkurse vermittelt werden.

Frau Schöttler-Fuchs bittet darum, eine Sozialhilfestatistik vorgelegt zu bekommen, um eine Relation zu den im Jahr 2000 vermittelten 465 Personen herstellen zu können.

Herr Dekker führt aus, dass die Zahl von 465 Vermittelten außerordentlich hoch sei und über die Jahre kontinuierlich gesteigert werden konnte. Gleichzeitig warnt er davor, diese Erwartungen an jedes neue Jahr zu stellen.

Frau Wöber-Servaes fragt nach, ob die Tätigkeit der Firma *Maatwerk* eingestellt sei.

Herr Schnöring bittet mitzuteilen, welche Kosten die Stadt für das *Maatwerk*-Projekt aufgewendet hat.

Herr Dekker bestätigt den Abschluss des *Maatwerk*-Projekts zum 31.05.2000. Zu den Kosten wird nach Abrechnung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) berichtet.

Frau Ono-Feller erscheint um 18:15 Uhr zur Sitzung.

Frau Wöber-Servaes würdigt die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der *Hilfe zur Arbeit*. In diesem Zusammenhang erkundigt sie sich nach dem Arbeitsumfang und dem damit verbundenen Stellenbedarf in diesem Tätigkeitsbereich.

Herr Zenz erläutert, dass einerseits die Fallzahlen im Sozialbereich abnehmen. Andererseits wird das Klientel im Bereich der *Hilfe zum Lebensunterhalt* zunehmend schwieriger und erfordert damit einen höheren Betreuungsaufwand. Je erfolgreicher vermittelbare Menschen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der *Hilfe zur Arbeit* vermittelt werden, umso aufwändiger wird die Arbeit mit dem verbleibenden Personenkreis. Mithin werde der Sozialbereich des Personals in dieser Größenordnung auch weiterhin bedürfen.

6 Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen und Spätaussiedlern in städtischen Notunterkünften im Jahre 2000

Frau Schöttler-Fuchs meldet den Wunsch der SPD-Fraktion an, wieder eine

Rundfahrt durch die Unterkünfte unternehmen zu wollen.

Herr Zenz gibt zu bedenken, dass Rundfahrten ganzer Gruppen mit den Gefühlen und der Würde der in den Unterkünften lebenden Menschen nur schwer zu vereinbaren seien. Er schlägt vor, dass sich Ausschussmitglieder mit besonderem Interesse an einer Besichtigung einzeln oder zu zweit und in Absprache mit Herrn Scherer vom Fachbereich *Jugend und Soziales* zu einer Rundfahrt treffen könnten.

Frau Bendig lobt die von der Verwaltung entwickelte und soeben dargestellte Sensibilität.

Frau Zanders verlässt die Sitzung um 18:20 Uhr.

Herr Schnöring fragt nach der Zukunft der Unterkünfte *Am Driescher Kreuz (Hauptstr. 97)* und *Jakobstraße* und der hierin lebenden Menschen.

Herr Tillmann berichtet, dass derzeit noch 65 Personen unterzubringen sind. Momentan sind in der Unterkunft *Hauptstraße 97* noch 3 Personen verblieben, die Ende März in private Wohnverhältnisse wechseln werden. Als Ersatzunterkünfte stehen die Häuser *Gartenstraße 26-30* und *Hecken 3a-3c* zur Verfügung. Insgesamt gibt es noch 30 Reserveplätze. Bis zum 31.03.2001 soll die Unterkunft *Hauptstraße 97* geschlossen und danach der Mietvertrag zum Jahresende abgewickelt werden. Eine anderweitige Nutzung des Mietobjekts ist nicht möglich, da die Stadt die Immobilie seinerzeit als Neubau übernommen hat und das Gebäude bis zum Ablauf der Mietzeit in gewisser Weise in seinen Urzustand zurück versetzen muss. Bezüglich der Entwicklung in der Unterkunft *Jakobstraße* wird die Verwaltung eine Beantwortung der Frage nachreichen.

Frau Ono-Feller weist darauf hin, dass auch der Ausländerbeirat Einrichtungen besichtigt hat. Bei diesen Besuchen seien an die Besucher seitens der Bewohner auch Probleme herangetragen worden, die im Nachhinein dann auch gelöst werden konnten. Im letzten Hauptausschuss habe der Ausländerbeirat durch die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN die Anregung erhalten, Einrichtungen zu besuchen, die sich verstärkt der Betreuung von Kindern und Jugendlichen widmen. Dies soll in der nächsten Sitzung des Ausländerbeirats am 04.04.2001 beraten werden.

Eine weitere Frage von Frau Ono-Feller bezieht sich auf die Schnittstelle in der Zusammenarbeit des Sozial- mit dem Jugendbereich bezüglich der sprachlichen Integration von Spätaussiedlern.

Herr Zenz teilt mit, dass es eine solche Schnittstelle nicht gibt. Der Sozialbereich vermittelt Spätaussiedler im Rahmen von Programmen für die Sprachentwicklung von Spätaussiedlern in Sprachkurse. Herr Tillmann ergänzt, dass die Kinder von Spätaussiedlern recht schnell vermittelt seien. Aufgrund Ihrer Motivation und guten Vorkenntnisse der deutschen Sprache sind sie nach der Einreise schnell in die Regelschule zu integrieren. Die Hauptschnittstelle ist für den Sozialbereich die *RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderfamilien)* und die Sprachförderung, die über diese Einrichtung vermittelt wird.

7 **Einrichtung eines *Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen* gemäß dem Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2000**

Herr Zenz zieht die Vorlage als Beschlussvorlage zurück, da unter anderem noch kommunalverfassungsrechtliche Vorgaben eingearbeitet werden müssen. Weiterhin sei die Größe, die Finanzierung und die Einbindung des Beirates in das Ausschussgefüge der Stadt Bergisch Gladbach noch abzuklären. Wenn der Wunsch besteht, die Vorlage in der laufenden Sitzung zu beraten, könnten vorgebrachte Änderungswünsche dann bereits für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 07.06.2001 eingearbeitet werden.

Herr Gronemeyer erinnert daran, dass der Antrag auf Einrichtung eines *Beirats für die Belange von Menschen mit Behinderungen* bereits vor 13 Jahren gestellt wurde. Für die Beiratsbesetzung wünscht sich Herr Gronemeyer auch je eine behinderte Person aus dem Bereich des Ausländerbeirats und des Seniorenbeirats.

Herr Zenz warnt davor festzuschreiben, dass die Person aus dem Bereich des Ausländerbeirats und des Seniorenbeirats für den *Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen* auch behindert sein muss. Er regt an, an diese Gremien den allgemeinen Appell zu richten, möglichst behinderte Personen zu benennen, ohne dies formell festzulegen.

8 **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -**

8.1. Teilnahme an der Gesundheitskonferenz

Frau Schöttler-Fuchs fragt bezüglich der Gesundheitskonferenz auf Kreisebene nach dem Teilnehmer/der Teilnehmerin seitens der Stadt und ob die Gleichstellungsbeauftragte mit einbezogen ist.

Herr Zenz sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

8.2. Unterkunft *Am Driescher Kreuz*

Herr Schnöring bittet, die Miethöhe für das Objekt *Am Driescher Kreuz* (Hauptstr. 97) mitzuteilen.

Herr Zenz sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 18:33 Uhr.

Kristel Bendig
Vorsitzende

Sabine Biesenbach
Schriftführerin

gesehen:

Michael Kotulla
Verwaltungsvorstand

Johannes Zenz
Jugendamtsleiter